

Wer «das Ärgste verhindert», hat schon verloren

# Die Bürgerbeteiligungsfarce

**Regierende Politiker\_innen der raffinierteren Sorte laden ihre Bürger\_innen zum «Mitmachen» ein, wenn sie ein umstrittenes Projekt realisieren wollen.** «Realpolitisch» handelnde Bürger\_innen nehmen die Einladung an, weil sie durch ihr Mitmachen «das Ärgste verhindern» zu können hoffen. Am Beispiel der Privatisierung einer einzigartigen grünen «Jugendstilstadt», der Anlage des Otto-Wagner-Spitals in Wien, soll im Folgenden gezeigt werden, dass ein Bürger\_innenbeteiligungsverfahren auch als Herrschaftsinstrument eingesetzt werden kann.

**D**as B-Wort (Bürger\_innenbeteiligung) bzw. das P-Wort (Partizipation) ist in aller Munde. Ähnlich wie der Begriff «Zivilgesellschaft» ist es zu einer Art Wohlfühlslogan verkommen. Nach Auskunft des Oxford English Dictionary ist *participation* der «Akt der Teilnahme oder Teilhabe», und die Teilnahme der Bevölkerung an der Macht bedeutet eigentlich nichts anderes als einen Machtverzicht der bestehenden Entscheidungsträger. Diese sind im konkreten Fall die Stadt Wien, vertreten durch die rotgrüne Regierungskoalition, und der Krankenanstaltenverbund (KAV), der zur Stadt Wien gehört. Und dann gibt es da noch einen wesentlichen Entscheidungsträger, der aber formal die Rolle einer der «Parteien» des Verfahrens spielt, dem Papier nach in gleicher Augenhöhe mit den Bürgerinitiativen. Dieses Subjekt ist der Baukonzern Gesiba.

Die Verbauung des Otto-Wagner-Areals ist eine konzertierte Aktion von Ratshauspitze, KAV und Gesiba. Diese eilige Dreifaltigkeit ist jedem Machtverzicht abgeneigt. Sie hat sich längst auf eine Errichtung einer Wohnanlage auf dem Areal geeinigt. Nichtsdestotrotz versprach man den Verbauungsgegner\_innen ein Mediationsverfahren (als spezielle Form der Bürgerbeteiligung) mit «Ergebnisoffenheit» – das heißt mit der Aussicht, durch gute Argumente die Privatisierungs- und Verbauungspläne stoppen zu können. Demnach hätte also ein mögliches Ergebnis des Mediationsverfahrens

sein können: Das ganze Areal bleibt in öffentlichem Besitz.

Ausgerechnet die grüne Vizebürgermeisterin Vassilakou stellte, nachdem das Verfahren 2012 begonnen hatte, rasch klar, dass es völlig unrealistisch sei, eine Ergebnisoffenheit zu erwarten. Ein Resultat, das dem KAV beziehungsweise der Gemeinde eine Veräußerung der Jugendstilstadt verbiete, sei «zu hundert Prozent ausgeschlossen», erfuhren verduzte Beobachter\_innen. Im Sommer 2013 wurden sechs

Architekt\_innenteams zu einem «Testplanungsverfahren» eingeladen, das endgültig bewies, dass die Bürger\_inneninitiative in Wirklichkeit nichts mitzureden hatte.

## Wozu haben wir eine grüne Vizebürgermeisterin?

Die Vorgabe, «in Demut und Respekt zu dem, was vorhanden ist» zu planen, legten die beteiligten Architekt\_innen nicht etwa so aus, dass man den Schutz



**Die BI «Hirschstetten retten» will nicht, dass eine mehrspurige Tangente ihr Grätzl durchschneidet. Da hilft auch kein spätes städtisches Mediationsangebot**

des einzigartigen Ensembles eines hervorragenden Berufskollegen aus der vorletzten Jahrhundertwende im Auge haben müsse. Mit «dem, was vorhanden ist», meinten sie weniger Wagners Werk, sondern den aktuellen Flächenwidmungsplan, der 2006 – schon im Hinblick auf eine mögliche Verbauung – beschlossen worden war. Der Flächenwidmungsplan lässt eine 40-prozentige Verbauung in Bauklasse III (= 16 Meter Höhe bis zur Dachunterkante) zu.

In jedem Bürgerbeteiligungsverfahren ist die Spaltung der Bürger\_inneninitiativen quasi angelegt. Die Erfahrung aus vielen Partizipationsprojekten in Wien zeigt, dass ein Teil der Aktivbürger\_innen vom ursprünglichen Zweck ihrer Gründung nicht abgehen will (im konkreten Fall: Privatisierung und Verbauung verhindern), während ein «realpolitisch» handelnd wollender Teil durch seinen Verbleib im Bürgerbeteiligungsverfahren «das Ärgste verhindern» will. Für beide Positionen gibt es treffliche Argumente; weil sie aber nicht miteinander vereinbar sind, bricht die Phalanx der Projektgegner\_innen auseinander. So geschah es auch im Fall Steinhof.

Zusammen mit der «Bürgerbeteiligungsszene» (das sind die Professionist\_innen der Beteiligungsprozesse, Mediator\_innen, Berater\_innen usw.) schaffen die beteiligungsbereiten Engagierten die Illusion der gleichen Augenhöhe zwischen Mitgliedern der Zivilgesellschaft und den Politiker\_innen. Schon das Zahlenverhältnis schreibt jedoch die Ungleichheit fest. In den üblichen Beteiligungsverfahren sitzen eine Handvoll Bürger\_innen einer enormen Phalanx von Politiker\_innen, Projektbetreiber\_innen, Beamt\_innen oder Architekt\_innen gegenüber. Die Steinhof-Mediatoren versuchten (in wessen Auftrag eigentlich?), die Zahl der Mitglieder der Bürger\_inneninitiative auf vier bis sechs zu begrenzen, was von den Betroffenen entrüstet abgelehnt wurde: «Als Privatpersonen hätten wir gegenüber den gewieften Beamten und den ausgebildeten Fachleuten der Gegenseite ohnehin ein enormes Defizit», sagt

Projektgegner Gerhard Hadinger. Ein anderes Beispiel: An der Umweltverträglichkeitsprüfung «Städtebauvorhaben Hauptbahnhof Wien» (eine weitere Form von gesetzlich geregelter Bürgerbeteiligung) nahmen rund einhundert Personen mit Parteienstellung teil. Nicht einmal zehn davon waren Projektgegner\_innen, mehr wurden nicht zugelassen. Die Verpflichtung, während des Verfahrens auf eine Rückkopplung mit der Öffentlichkeit zu verzichten, trifft zudem die Bürger\_inneninitiativen ungleich schwerer als die Projektbetreiber\_innen – denn der Widerstand braucht Öffentlichkeit, während der Gegenseite am großen Schweigen gelegen sein muss.

### Die «gleiche Augenhöhe» ist immer nur PR

Ein Kompetenzzentrum für Theorie und Praxis der Bürgerbeteiligung ist die in Wien ansässige Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT). In ihrem Partizipations-Handbuch wird eine Liste von Gründen aufgeführt, warum Beteiligungsverfahren manchmal an Grenzen stoßen. Als einer der Gründe wird eine «dauerhafte Pattsituation» angeführt. Pattsituationen werden als solche beschrieben, «in denen Positionen, Argumente und Werte einander unvereinbar gegenüber stehen», sodass gemeinsame, konsensuale Lösungen nach einem Aushandlungsprozess sich als unmöglich erweisen. Da die ÖGUT unter anderem Partizipationsberatung verkauft, wird sie die positiven, potenziell demokratievertiefenden Aspekte der Bürger\_innenbeteiligung überbetonen und die *best practices* zur Schau stellen. Die «Pattsituationen» werden eher als Ausnahmesituationen dargestellt.

### Pattsituationen werden Standardsituationen

In Wirklichkeit werden sie im Zuge der Radikalisierung neoliberaler Stadtpolitik immer mehr zu Standardsituationen. Wie ist eine konsensuale Lösung

vorstellbar, wenn die Aktivbürger\_innen eine aktive kommunale Bodenbeschaffungspolitik fordern, um künftigen Stadtgenerationen ausreichenden stadtpolitischen Gestaltungsspielraum zu sichern, während die aktuelle Politik der forcierten Privatisierung nicht die kommenden Generationen, sondern die heutigen Investoren bedient? Und wie sollen gemeinsam akzeptierte Lösungen mit einer Stadtverwaltung vereinbart werden können, die die Agenda der Stadtplanung längst den Akteuren des großen Geldes übertragen haben: Um ein letztes Mal das Beispiel des Otto-Wagner-Spitals zu verwenden: Hier zeigt sich im Kleinen, wie die Stadtplanung der Kompetenz der gewählten Gemeindemandatäre entgleitet. Wer das Geld hat, hat das Recht auf die besten Lagen, die «besten Adressen» der Stadt, ohne dass dieses Privileg irgendwo verschriftlicht ist. Der KAV braucht – unter dem Vorwand der Zentralisierung der Spitalsversorgung (zum Fall Krankenhaus Nord mehr in der nächsten Folge) – das Otto-Wagner-Spital nicht mehr. Er hat von der Stadt das fragwürdige Recht erhalten, zur Verwertung des Jugendstilensembles mitsamt seiner Parkflächen private Interessenten zu finden. Er darf das ohne gemeinderätliche Zustimmung machen (was bei der derzeitigen Zusammensetzung des Stadtparlaments ohnehin irrelevant ist, da es keine Opposition gegen den Usus der Verschönerung der Traumlagen gibt).

Im Rahmen der Kunstaktion «Lemonibergpredigt gegen die Steinhof-Privatisierung» (wir berichteten in Nr. 351) wurde auf eine Logik zurückgegriffen, die der Neoliberalismus nicht mehr versteht: «Wenn der KAV das Gelände nicht mehr für den Spitalsbetrieb braucht, muss er es an die Stadt zurückgeben. Das heißt: an uns, die Bewohner\_innen der Stadt. Uns würde vieles einfallen, um den Steinhof mit neuem Leben zu erfüllen.» Eine solche Position des unkorruptierten Hausverständes gälte im Mediationsverfahren zur Steinhofverbauung als nicht «verfahrensgegenständig» ...

Robert Sommer

Der Widerstand braucht Öffentlichkeit, während der Gegenseite am großen Schweigen gelegen sein muss